

Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Mitte
- IS 1/

20095 Hamburg, den 15.09.2011
Klosterwall 8, City-Hof, Block D
Tel.: 42854-3881

NIEDERSCHRIFT

**über die 3. Sitzung des Regionalausschusses Finkenwerder
am Dienstag, den 13.09.2011 im Sitzungssaal des Gebäudes
Steendiek 33 (Untergeschoss, Raum U 01), 21129 Hamburg**

Beginn: 18:30 Uhr
Ende: 20:25 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Hans Gelien (CDU) bis TOP 1.1
Herr Manfred Jiritschka (SPD) ab TOP 1.2

SPD-Fraktion

Herr David Dworzynski
Herr Hendrik Frese
Herr Ralf Neubauer
Frau Jutta Vick
Frau Siglinde Wulf
Herr Fuat Yavas

Ständige Vertreter

Herr Lennart Losekamm
Herr Fatih Yilmaz

CDU-Fraktion

Herr Fabian Haase
Herr Matthias Lloyd

Ständige Vertreter

Herr Tobias Wein

GAL-Fraktion

Frau Lena Dittmer
Herr Dirk Petersen

Fraktion DIE LINKE

Frau Kerstin Fremder-Sauerbeck
Herr Bernhard Stietz-Leipnitz

Ständiger Vertreter

Herr Dirk Kölsche
Herr Christian Sauerbeck

vom Bezirksamt

Herr Hartwig Behrens, Regionalbeauftragter
Herr Gerd Schustermann, Interner Service

Tagesordnung:

1. **Wahlen**
- 1.1 **Wahl der bzw. des Vorsitzenden des Regionalausschusses**
- 1.2 **Wahl der bzw. des stellvertretenden Vorsitzenden des Regionalausschusses**
2. **Beschlussfassung über gefertigte Niederschriften**
3. **Anträge**
- 3.1. 20/008/11 **Bahnübergänge am Rüschweg und am Finkenwerder Norderdeich**
- 3.2 20/016/11 **Flächenbereitstellung für Wohnungsbau am Doggerbankweg – Verlagerung des bezirklichen Betriebshofs**
- 3.3 20/017/11 **Teilweise Neubesetzung des Nachbarschaftsbeirates beim Werk Hamburg der Airbus Deutschland GmbH nach Neuwahlen der Bezirksversammlungen**
- 3.4 20/018/11 **Trassierungsuntersuchungen für die Westanbindung der Rüschtalbinsel**
- 3.5 20/027/11 **Westanbindung der Rüschtalbinsel – Beschluss der Bürgerschaft**
- 3.6 20/020/11 **Beschilderung zum Anleger der HADAG-Fähren**
- 3.7 20/021/11 **Zusätzliche fahrt der Linie 62 um 23:15 von den Landungsbrücken**
- 3.8 20/022/11 **Zusätzliche Fahrten der Linie 150 bzw. der HADAG Linie 62 II – Finkenwerder nicht abhängen!**
- 3.9 20/023/11 **Instandsetzung des Kunststoffkleinfeldes am Uhlenhoffweg – Eisbahn für Finkenwerder!**
- 3.10 20/024/11 **Schutz und Erlebbarkeit der Alten Süderelbe – Umweltpädagogisches Projekt der Interessengemeinschaft Alte Süderelbe („ias“) unterstützen!**
- 3.11 20/025/11 **Finanzierung von Maßnahmen aus dem „Förderfonds Bezirke“ – Teilweise Aufhebung des Hauptausschuss-Beschlusses - Drs. 19/268/09 - vom 07.07.2009**
4. 20/006/11 **Vergabe von Sondermitteln**
5. 20/026/11 **Vergabe von Sondermitteln**
6. **Mitteilungen der Verwaltung**
- 6.1 20/019/11 **Vorgänge aus der letzten Legislaturperiode - Diskontinuität**
7. **Verschiedenes**

Herr Behrens erklärt, dass vor Eintritt in die Tagesordnung über die Aufnahme der in den Mappen liegenden Anträge in die Tagesordnung (gemäß § 6 Abs. 4 der Geschäftsordnung) abgestimmt werden müsse.

Herr Lloyd ergänzt, die Geschäftsordnung sage aus, dass bei verspätet eingehenden Anträgen die Dringlichkeit festgestellt werden müsse. Nach Auffassung seiner Fraktion sei diese bei den nachgereichten Anträgen nicht gegeben.

Herr Neubauer entgegnet, dass der Ausschuss die Dringlichkeit feststellen müsse und somit darüber abgestimmt werden solle.

Herr Behrens gibt den ergänzenden Hinweis, dass laut Geschäftsordnung nicht nur über die Aufnahme von dringlichen Anträgen sondern auch über die Aufnahme von Anträgen, die von besonderer Bedeutung sind, abgestimmt werden müsse.

Frau Fremder-Sauerbeck hält die Aufnahme des Antrages 20/025/11 (Finanzierung von Maßnahmen aus dem „Förderfonds Bezirke“ – Teilweise Aufhebung des Hauptausschuss-Beschlusses – Drs. 19/268/09 – vom 07.07.2009) für dringlich, da die Mittel nach ihrer Kenntnis sonst verfallen würden. Sie hält auch die Aufnahme der anderen Anträge in die Tagesordnung für sinnvoll. Jedoch sollte die Reihenfolge verändert werden. Der unter 3.10 genannte Antrag sollte gegen den unter 3.8 genannten getauscht werden.

Herr Lloyd erklärt, dass die Mittel nicht verfallen würden, wenn die Anträge in der kommenden Sitzung behandelt würden. Überdies würden die Mittel zweckgebunden für längere Zeit verfügbar sein.

Herr Neubauer hält die gemeinsame Beratung der Tagesordnungspunkte 3.9 und 3.11 für sinnvoll, da hier ein enger Zusammenhang bestehe.

Anschließend stimmt der Ausschuss der Aufnahme der Anträge in die Tagesordnung sowie diesem Vorschlag mehrheitlich – gegen die Stimmen der CDU-Fraktion sowie Enthaltung der Fraktion DIE LINKE – zu.

Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine öffentliche Fragestunde zu den Themen „Einsehbarkeit von Niederschriften“ sowie „Bürgerbefragung Finkenwerder Altstadt“ statt.

Herr Behrens antwortet zum Thema „Einsehbarkeit von Niederschriften“, dass diese von der Gremienbetreuung auf Anfrage zur Verfügung gestellt werden.

Herr Schustermann ergänzt, dass die Niederschriften jedoch erst nach Genehmigung durch den Ausschuss zur Verfügung gestellt werden können.

Zum Thema „Bürgerbefragung Finkenwerder Altstadt“ erklärt Herr Behrens, dass das Ergebnis vorliege und die Vorstellung der Ergebnisse in einer Sondersitzung im Oktober in einem größeren Sitzungssaal erfolgen solle. Ursprünglich sei die Vorstellung für heute geplant gewesen.

1. Wahlen

1.1 Wahl der bzw. des Vorsitzenden des Regionalausschusses

Frau Vick schlägt Herrn Manfred Jiritschka als Vorsitzenden vor. Der Ausschuss einigt sich einvernehmlich auf offene Abstimmung per Handzeichen. Da keine anderweitigen Vorschläge gemacht werden, tritt der Ausschuss in die Wahlhandlung ein. Herr Jiritschka wird anschließend einstimmig zum neuen Vorsitzenden des Regionalausschusses Finkenwerder gewählt.

Herr Jiritschka nimmt die Wahl an und übernimmt nunmehr den Vorsitz.

Anschließend spricht er seinem Vorgänger Herrn Gelien Dank und Anerkennung für die langjährige Arbeit als Vorsitzender dieses Ausschusses aus.

Auch Herr Behrens bedankt sich bei Herrn Gelien für die gute Zusammenarbeit in den letzten Jahren und wünscht ihm alles Gute für die Zukunft.

1.2 Wahl der bzw. des stellvertretenden Vorsitzenden des Regionalausschusses

Herr Lloyd schlägt die nicht anwesende Frau Andrea Brost als stellvertretende Vorsitzende vor und bittet um offene Abstimmung per Handzeichen. Da keine anderweitigen Vorschläge gemacht werden und sich keine Einwände gegen dieses Verfahren erheben, tritt der Ausschuss in die Wahlhandlung ein. Frau Brost wird anschließend einstimmig zur neuen stellvertretenden Vorsitzenden des Regionalausschusses Finkenwerder gewählt.

2. Beschlussfassung über gefertigte Niederschriften

Der Ausschuss stimmt der Niederschrift über die 2. Sitzung am 07.06.2011 einstimmig zu.

3. Anträge

3.1 20/008/11 Bahnübergänge am Rüschtweg und am Finkenwerder Norderdeich

Herr Neubauer erinnert daran, dass dieser Antrag in der vergangenen Sitzung mit der Hoffnung vertagt wurde, dass sich die HPA mit dem Bezirksamt in Verbindung setzt. Dies sei aber offensichtlich nicht geschehen. Aus diesem Grunde plädiere er dafür, dass diesem Antrag heute zugestimmt werde.

Herr Lloyd erklärt, dass dieses Thema schon längere Zeit ohne Erfolg behandelt werde. Dies sei aus seiner Sicht ein unhaltbarer Zustand. Deshalb sei auch die Anfrage an die HPA gestellt worden, inwieweit die Gleise noch benötigt würden. Die Firma Airbus habe überdies die Aussage gemacht, dass sie nicht mehr benötigt werden. Deshalb sollte grundsätzlich über den Abbau der Gleise nachgedacht werden. Durch die gewonnene Fläche könnten dann z.B. auch neue Stellplätze o.ä. geschaffen werden. Er befürchte, dass man mit dem vorliegenden Antrag nicht viel erreichen könne. Deshalb wolle seine Fraktion zunächst die Antwort der HPA auf die Anfrage abwarten, dem Antrag könne dennoch zugestimmt werden. Sollte es wieder zu keiner Lösung kommen, werde seine Fraktion einen Antrag auf Abbruch der Gleise einbringen.

Frau Vick berichtet, dass die Firma Airbus in einer Sitzung des Nachbarschaftsbeirates erklärt habe, über einen Abbruch der Gleise selbst nicht entscheiden zu können. Diese Entscheidungen würden in Toulouse getroffen. Auch solle es noch nicht genau benannte andere Bedarfe der Stadt Hamburg und der Firma Airbus geben. Darüber müsse mit dem Geschäftsführer der HPA, Herrn Meier, gesprochen werden. Über die Ergebnisse müsse dem Regionalausschuss dann berichtet werden.

Herr Gelien regt an, Herrn Meier als Referenten in den Regionalausschuss einzuladen.

Herr Neubauer unterstützt diesen Vorschlag. Über den vorliegenden Antrag solle aus seiner Sicht jedoch zunächst abgestimmt werden.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.

3.2 20/016/11 Flächenbereitstellung für Wohnungsbau am Doggerbankweg – Verlagerung des bezirklichen Betriebshofs

Herr Neubauer erläutert den Antrag und die Idee, den Betriebshof vom Doggerbankweg zu verlagern. Ebenso solle versucht werden, auch die dort ansässigen Gewerbetriebe mit Unterstützung des Fachamtes Stadt- und Landschaftsplanung sowie der Wirtschaftsförderung zu verlagern. Sollte eine Erweiterung des bereits vorhandenen Standortes am Alten Friedhof nicht möglich sein, sollen auch alternative Standorte geprüft werden.

Herr Lloyd führt aus, dass die Idee, dort Wohnungsbau zu realisieren, nicht neu sei. In Verbindung mit dieser Thematik sei von Herrn Hecht eine Anfrage zum Sachstand Wohnungsbau auf Finkenwerder gestellt worden. Hier sei auch die Fläche am Steendiekkanal als Wohnungsbaustandort ins Spiel gebracht worden. Zur Verlegung des Betriebshofes erklärt Herr Lloyd, dass mit der Formulierung „vorrangig“ im Petikum eine gewisse Zielrichtung vorgegeben werde. Seine Fraktion halte dies für nicht

praktikabel, da die Emissionen am Friedhof durch den Betrieb dann zunehmen würden, was die Friedhofsruhe in erheblichem Maße stören würde. Die CDU-Fraktion stimme dem Antrag jedoch ohne diese Formulierung grundsätzlich zu. Eine Verlagerung des Betriebshofes müsse dabei ergebnisoffen geprüft werden. Er könne sich z.B. vorstellen, auch das Gelände der Stackmeisterei in Betracht zu ziehen.

Herr Behrens erklärt zum Vorschlag, das Gelände der Stackmeisterei in Betracht zu ziehen, aller Voraussicht nach am Widerstand der HPA scheitern werde. Zum Argument der zusätzlichen Emissionen am Friedhof betont er, dass eine zusätzliche Lärmbelästigung nicht stattfinden werde, da die Arbeiten in der Regel außerhalb stattfinden würden. Er halte eine Zusammenlegung dort für sinnvoll, da hier beispielsweise auch schon die notwendigen Sozialräume vorhanden seien. Zusätzliche Flächen seien aber erforderlich, da der Platz dort nicht ausreiche. Den Prüfauftrag halte er aus diesen Gründen für nicht schädlich, da er ohnehin nicht bindend sei.

Frau Dittmer erklärt, ihre Fraktion werde den Antrag unterstützen. Sie fragt, welche Flächen zusätzlich versiegelt werden.

Herr Behrens antwortet, dass eine zusätzliche Versiegelung nicht stattfinden werde. Am Doggerbankweg werde im Gegenteil eine Entsiegelung stattfinden (z.B. Anlage von Gartenflächen).

Auch Herr Stietz-Leipnitz kündigt die Unterstützung des Antrages durch seine Fraktion an. Ihm fehle jedoch die Spezifizierung, dass hier sozialgeförderter Geschosswohnungsbau gefordert werde. Dies sollte im Petitum ergänzt werden.

Herr Gelien gibt zu bedenken, dass an der Fläche am Doggerbankweg eine Flutschutzmauer vorhanden sei. Er könne sich vorstellen, dass dies hinderlich für den Bau von Wohnungen sein könne. Weiterhin betont er, dass auch er die Verlagerung des Betriebshofes an den Friedhof aus den o.g. Gründen für nicht sinnvoll halte.

Herr Neubauer erklärt, dass aus seiner Sicht auch die Fläche der Stackmeisterei geprüft werden könne, obwohl er keine realistischen Chancen dafür sehe. Zu den Äußerungen von Herrn Stietz-Leipnitz erklärt er, dass im Antrag deutlich formuliert worden sei, dass bezahlbarer Wohnraum für Familien entstehen solle. Sollte der Bebauungsplan geändert werden, könne dies dort festgelegt werden. Zunächst sei es vordringlich, dass der Betriebshof verlagert werde.

Nach weiteren Wortbeiträgen von Herrn Gelien und Frau Wulf beantragt Herr Lloyd punktuelle Abstimmung.

Abschließend stimmt der Ausschuss dem Antrag zu Punkt 1 mehrheitlich - gegen die Stimmer der CDU-Fraktion - und zu den Punkten 2 und 3 einstimmig zu.

3.3 20/017/11 Teilweise Neubesetzung des Nachbarschaftsbeirates beim Werk Hamburg der Airbus Deutschland GmbH nach Neuwahlen der Bezirksversammlungen

Frau Fremder-Sauerbeck erklärt, dass es sich hier um einen interfraktionellen Antrag von SPD und CDU handele, da diese Fraktionen das Vorschlagsrecht hätten. Sie interpretiere das Vorschlagsrecht allerdings anders. Nach ihrer Auffassung hätten ebenso auch die anderen Fraktionen mitwirken können, indem diese in einen gemeinsamen Vorschlag eingebunden worden wären. Insofern werde ihre Fraktion den Antrag ablehnen.

Herr Neubauer betont, dass die Geschäftsordnung dieses Thema eindeutig regeln würde. Selbst wenn die anderen Fraktionen eingebunden worden wären, wäre eine Fraktion leer ausgegangen, da nur 3 Plätze zu besetzen seien. Den Fraktionen sei es jedoch freigestellt, die Änderung der Geschäftsordnung vorzuschlagen.

Herr Petersen unterstützt die Aussagen von Frau Fremder-Sauerbeck. Auch er hätte ein Gespräch mit den anderen Fraktionen im Vorfeld für sinnvoll angesehen, denn dann wäre die Legitimationsbasis für die gewählten Vertreterinnen und Vertreter größer gewesen.

Anschließend stimmt der Ausschuss dem Antrag mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE – zu.

3.4 20/018/11 Trassierungsuntersuchungen für die Westanbindung der Rüsshalbinsel

3.5 20/027/11 Westanbindung der Rüsshalbinsel – Beschluss der Bürgerschaft - Tischvorlage -

Herr Lloyd erläutert den Antrag 20/018/11 und betont, dass dieses Thema schon seit längerer Zeit diskutiert werde. Er erklärt, dass eine Bypass-Lösung den Verkehr von der Ortsumgehung über das ertüchtigte Südwesttor der Firma Airbus in die Rüsshalbinsel leiten solle. Die Fachbehörden hätten sich in der Vergangenheit jedoch ablehnend gegenüber dieser Lösung gezeigt. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen berichtet er über in der Zwischenzeit diskutierte alternative Lösungsansätze zur Anbindung der Rüsshalbinsel. In naher Vergangenheit sei das Thema im Verkehrsausschuss der Bürgerschaft behandelt worden. Dort seien zwei Anträge zur Beschlussfassung behandelt worden. Die CDU habe einen Antrag eingebracht, in dem es um Verkehrsleitmaßnahmen ging. Der von der SPD eingebrachte Ergänzungsantrag habe weitestgehend das gleiche gefordert. In der Sitzung des Verkehrsausschusses seien auch andere, interessante Aspekte zur Sprache gebracht worden. U.a. sei gesagt worden, dass nach Auffassung der Behördenvertreter eine Bypass-Lösung nicht den gewünschten Entlastungseffekt für Finkenwerder bringen würde. Auch sei gesagt worden, dass ein möglicher Bypass über Bezirksmittel zu finanzieren sei. Diese neuen Aspekte seien in den hier vorliegenden Antrag eingeflossen. Er bittet deshalb um Zustimmung.

Frau Dittmer erklärt, dass auch die GAL-Fraktion den Bypass unterstütze. Da die beiden vorliegenden Anträge ähnlich seien, schlägt sie vor, diese zusammenzufassen.

Herr Neubauer betont, dass die CDU in der Bürgerschaft bereits ein Planfeststellungsverfahren gefordert habe. Dieses könne allerdings nur mit einer rechtlichen Begründung eingeleitet werden. Wäre der schwarz/grüne Vorgängersenk dem beschlossenen Prüfauftrag der Bürgerschaft damals gefolgt, könne man heute bereits einen Schritt weiter sein. Er könne nicht nachvollziehen, dass die CDU-Fraktion die Trassierungsuntersuchung als neuen Aspekt darstelle. Im Bürgerschaftsantrag habe die SPD gefordert, die Hafenbahn ggf. zurückzubauen. Dadurch würden mehr Verkehrsflächen entstehen. Die Forderung im heutigen CDU-Antrag sei nichts anderes. Die heute vorgelegte Tischvorlage sei aus seiner Sicht der weitergehende Antrag. Er bietet an, den SPD-Antrag omnifraktionell zu formulieren.

Herr Behrens weist darauf hin, dass die Tischvorlage von der Bezirksversammlung bestätigt und somit das Petitum ergänzt werden müsse.

Anschließend einigt sich der Ausschuss einstimmig auf Antrag der SPD-Fraktion auf alternative Abstimmung.

Bei alternativer Abstimmung zur Drucksache Fi 20/018/11 (Antrag der CDU-Fraktion) wird die Drucksache Fi 20/027/11 (Antrag der SPD-Fraktion) mit den Stimmen der SPD- und GAL-Fraktionen sowie der Fraktion DIE LINKE - beschlossen.

Damit gilt die Drucksache Fi 20/018/11 als abgelehnt.

3.6 20/020/11 Beschilderung zum Anleger der HADAG-Fähren

Herr Dworzynski erläutert den Antrag, der dazu dienen solle, den Touristen den Weg zu den HADAG-Fähren zu erleichtern.

Herr Haase erinnert daran, dass die Bezeichnung „Dampferbrücke“ damals beschlossen worden sei, um die historische Bedeutung zu erhalten. Er sei verwundert darüber, dass nun ein zusätzliches Schild gefordert werde. Überdies halte er für fragwürdig, dass die Touristen, die zum größten Teil mit der Fähre ankommen, den Rückweg nicht finden würden. Deshalb spreche er sich entschieden gegen eine zusätzliche Beschilderung aus.

Herr Behrens erklärt, dass er es für problematisch halte, auf dem im Antrag sehr eng beschriebenen Raum mehrere Schilder anzubringen. Überdies sei das Bezirksamt nicht für die Anbringung der Schil-

der – wie im Antrag gefordert – zuständig. Das Bezirksamt könne sich lediglich mit der HADAG in Verbindung setzen, um eine zusätzliche Beschilderung zu erreichen. Aus diesem Grund bittet er um entsprechende Umformulierung des Antrages.

Herr Petersen unterstützt den Antrag grundsätzlich, jedoch halte er den Ausdruck „HADAG-Fähren“ für nicht geeignet, da dieser für viele Touristen unbekannt sei. Er schlägt stattdessen beispielsweise die Begriffe „Fähranleger“ oder „Hafenfähren“ vor.

Frau Vick berichtet, dass sie des Öfteren von Fahrradfahrern, die aus Richtung Westen kommen, nach dem Weg zur Fähre gefragt werde. Sie schlägt vor, statt des Wortes „Fähre“ ein Piktogramm zu verwenden und ein zusätzliches Schild im Bereich Airbus/Kleingärten vorzusehen.

Herr Lloyd erklärt, dass die zusätzliche Beschilderung für seine Fraktion nicht nachvollziehbar sei. Überdies seien beim Schild „Dampferbrücke“ die Kennzeichen für Blinde vorhanden, deshalb solle auf ein zusätzliches Schild verzichtet werden.

Herr Stietz-Leipnitz schließt sich den Ausführungen von Herrn Petersen an und betont, dass auswärtige Besucherinnen und Besucher mit dem Begriff „Dampferbrücke“ durchaus Probleme hätten. Ein Piktogramm wäre aus seiner Sicht die bessere Lösung.

Nach weiterer Diskussion wird von Herrn Neubauer vorgeschlagen, das Petikum folgendermaßen zu formulieren:

„Das Bezirksamt wird gebeten, an das bzw. bei dem Schild „Dampferbrücke“ einen gut sichtbaren Hinweis „Hafen-Fähren“ mit zusätzlichem Piktogramm anzubringen sowie weitere solcher Hinweise im „Nahbereich“ des Anlegers (beispielsweise Kreuzung Steendiek/Schloostraße, Benittstraße, Focksweg) anzubringen.“

Der Ausschuss stimmt diesem Vorschlag mehrheitlich – gegen die Stimmen der CDU-Fraktion – zu.

3.7 20/021/11 Zusätzliche fahrt der Linie 62 um 23:15 von den Landungsbrücken

Der Vorschlag, diesen und den folgenden Antrag der Fraktion DIE LINKE gemeinsam zu behandeln wird von Herrn Lloyd abgelehnt, da nach seiner Auffassung im eigenen Antrag lediglich ein Minimalkonsens gefordert werde. Anschließend erläutert er den Antrag, der auf Grundlage der bisherigen Erkenntnisse gestellt worden sei. In der Vergangenheit sei mehrmals die Forderung nach Verlängerung der Taktung der Fähren sowie die Optimierung der Abfahrzeiten der Busse gestellt worden. Dies sei stets abgelehnt worden. Hier werde lediglich eine zusätzliche Fahrt der Fähre gefordert, was nach seiner Einschätzung eher eine Chance für eine Umsetzung habe.

Frau Vick betont, dass sie es für sinnvoller erachte, über den Antrag der Fraktion DIE LINKE abzustimmen, da hier auch eine Erweiterung der Taktung in den Morgenstunden gefordert werde. Sie könne sich vorstellen, beide Anträge zu kombinieren.

Herr Haase erklärt, dass das Petikum im Antrag der Fraktion DIE LINKE im zweiten Absatz unrichtig sei. Der dort genannte Antrag sei in der vorgelegten Form weitergeleitet worden. Die Ablehnung sei damals mit der Begründung der fehlenden Wirtschaftlichkeit abgelehnt worden. An dieser Situation habe sich nach seiner Einschätzung seit dieser Zeit nichts geändert. Deshalb werde die Antwort der Fachbehörde heute ähnlich ausfallen.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.

3.8 20/022/11 Zusätzliche Fahrten der Linie 150 bzw. der HADAG Linie 62 II – Finkenwerder nicht abhängen!

Diskussion s.o..

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mehrheitlich – gegen die Stimmen der CDU-Fraktion – zu.

3.9 20/023/11 Instandsetzung des Kunststoffkleinfeldes am Uhlenhoffweg – Eisbahn für Finkenwerder!

Die Tagesordnungspunkte 3.9 und 3.11 werden gemeinsam behandelt.

Herr Losekamm erläutert den Antrag und die Idee, das Kunststoffkleinfeld am Uhlenhoffweg im Winter zusätzlich als Eisbahn zu nutzen. Diese Idee stamme aus der niedersächsischen Hauptstadt Hannover. Dort habe im Stadtteil Limmer der örtliche Sportverein einen Tartanplatz mit Geovlies ausgelegt, der bei winterlichen Temperaturen bewässert werde. Der Uhlenhoffweg biete nach seiner Auffassung für ein solches Projekt den idealen Standort. Anschließend gibt er einige Hinweise zu den technischen Voraussetzungen. Mit der Umsetzung dieser Idee könne das Sportangebot für Familien und Jugendliche auf Finkenwerder in den Wintermonaten deutlich verbessert werden.

Herr Wein hält den Antrag für grundsätzlich positiv. Im Unterschied zu Finkenwerder sei der Platz in Hannover jedoch in privater Hand. Hier handele es sich um einen öffentlichen Sportplatz und müsse dementsprechend als Sondernutzungsfläche deklariert werden. Anschließend schildert er in diesem Zusammenhang mögliche Probleme mit dem Unfallschutz, die auch durch die Landesunfallkasse bestätigt wurden. Die Unfallgefahr könne mit Banden verringert werden, diese würden in der Anschaffung aber hohe Kosten verursachen. Dies gelte ebenso für den geplanten Schlittschuhverleih. Die Banden dürften auch nicht - wie im Antrag dargestellt - abbaubar sein, da der Platz als Sondernutzungsfläche auch in der Nacht nicht betreten werden dürfe. Er stellt die Frage in den Raum, ob diese Dinge sowie die Problematik mit dem Unfallschutz und den Kosten mit dem TuS Finkenwerder geklärt worden seien.

Herr Neubauer bedankt sich für die Ausführungen von Herrn Wein, da ihm diese Informationen bisher nicht bekannt gewesen seien. Er wundere sich jedoch darüber, da das ganze Thema bereits mit dem Sportreferat im Bezirksamt sowie mit dem Sportamt in der Behörde für Inneres und Sport besprochen worden sei. Dass die Fläche aus der öffentlichen Nutzung herausgenommen werden müsse, sei für ihn neu. Zu den Betriebskosten erklärt er, dass diese vom TuS Finkenwerder leistbar seien. Die angesprochene Problematik mit den Banden sollte mit dem hier anwesenden Herrn Thomas Kielhorn – 1. Vorsitzender des TuS Finkenwerder – diskutiert werden. Er könne sich ebenso vorstellen, dass die Kosten für die Banden durch Werbung bzw. Sponsoren finanziert werden könnten. Grundsätzliches Problem dabei sei jedoch, dass die Sportbehörde keine Werbung auf öffentlichen Flächen zulasse. Zu der von der CDU-Fraktion veröffentlichten Pressemitteilung erklärt Herr Neubauer, dass die dort genannten Kosten in Höhe von 40.000 Euro für die Eisbahn unrichtig seien. Die Kostenkalkulation der SPD belaufe sich auf etwa 10.000 Euro und zusätzlichen 5.000 Euro für ein Lärmgutachten.

Herr Losekamm ergänzt, dass man sich mit der Landesunfallkasse in enger Zusammenarbeit befinde und diese an den Planungen beteiligt sei.

Frau Dittmer erklärt, dass die GAL-Fraktion die Idee unterstütze. Wichtig für ihre Fraktion sei allerdings, dass die Übernahme der Betriebskosten durch den TuS Finkenwerder sichergestellt sei.

Da sich im Ausschuss kein Widerspruch erbebt, bittet Herr Jiritschka Herrn Kielhorn an den Sitzungstisch.

Herr Kielhorn erläutert daraufhin die geplanten Maßnahmen und gibt einige Hinweise zum geplanten Betrieb. U.a. wolle der TuS Finkenwerder einen Übungsleiter zur Verfügung stellen. Dieser könne beispielsweise Schlittschuhkurse anbieten. Weiterhin werde sichergestellt, dass der Betrieb nur stattfinde, wenn eine verantwortliche Person anwesend ist. Die notwendigen Schlittschuhe sollen durch Spenden oder Sponsoren finanziert werden. Das gelte auch für ggf. notwendige Absperrungen sowie Stromkosten. Interessant sei, dass am Uhlenhoffweg ein Brunnen existiere. Dort könne das notwendige Wasser für die Beregnung entnommen werden. Er gehe von Betriebskosten in Höhe von 800 – 1.000 Euro aus, die durch eine geringe Nutzungsgebühr refinanziert werden sollen.

Her Lloyd betont, dass die notwendigen Mittel ursprünglich für den Steendiek (Sanierung der Altstadt) vorgesehen waren. Er kritisiert dies scharf. Im Antrag werde nach seiner Auffassung suggeriert, dass diese Mittel verfallen würden, was nicht der Fall sei, wenn man sie zweckbinden würde. Seine Fraktion sei stets dafür eingetreten, 60.000 Euro aus dem Masterplan Sport bereitzustellen. Er könne nicht nachvollziehen, warum diese Mittel nun nicht mehr ausreichen würden. Abschließend beantragt er punktuelle Abstimmung, da seine Fraktion der Sanierung des Kunststoffkleinfeldes zustimmen wolle.

Es folgt eine weitere ausführliche und kontroverse Diskussion mit Wortbeiträgen von Herrn Neubauer, Frau Fremder-Sauerbeck, Herrn Wein, Herrn Dworzynski und Frau Dittmer.

Herr Behrens weist auf die in den Anträgen 20/023/11 und 20/025/11 falsch genannten Drucksachennummern hin, die entsprechend korrigiert werden müssten.

Einschließlich dieser Änderungen wird punktuell über den Antrag abgestimmt.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag zu Punkt 1 a) einstimmig und zu den Punkten 1 b) und c), 2., 3. und 4. mehrheitlich - gegen die Stimmer der CDU-Fraktion - zu.

3.10 20/024/11 Schutz und Erlebbarkeit der Alten Süderelbe – Umweltpädagogisches Projekt der Interessengemeinschaft Alte Süderelbe („ias“) unterstützen!

Frau Dittmer beantragt die Vertagung dieses Tagesordnungspunktes und erneute Vorstellung des Projektes in der kommenden Sitzung. Mit entsprechenden Unterlagen könne sie sich u.U. auch selbst informieren.

Frau Fremder-Sauerbeck unterstützt diesen Vorschlag. Sie wünsche sich jedoch ein Konzept, aus dem erkennbar hervorgehen müsse, wie die Umsetzung erfolgen solle. Ebenso wäre ein Ortstermin wünschenswert.

Anschließend wird der Antrag einstimmig vertagt.

3.11 20/025/11 Finanzierung von Maßnahmen aus dem „Förderfonds Bezirke“ – Teilweise Aufhebung des Hauptausschuss-Beschlusses - Drs. 19/268/09 - vom 07.07.2009

Herr Neubauer weist darauf hin, dass entsprechend des Beschlusses zu TOP 3.9 Punkt 2 b) des Petitions gestrichen werden müsse.

Mit dieser Änderung stimmt der Ausschuss dem Antrag mehrheitlich – gegen die Stimmen der CDU-Fraktion – zu.

4. 20/006/11 Vergabe von Sondermitteln

Entfällt, da bereits mit Drucksache 20/025/11 (TOP 3.11) beschlossen.

5. 20/026/11 Vergabe von Sondermitteln

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Ev.-Luth. Gemeinde St. Nikolai Finkenwerder auf Bewilligung einer Zuwendung in Höhe von 125,- € für die Seniorenweihnachtsfeier in voller Höhe einstimmig zu.

6. Mitteilungen der Verwaltung

6.1 20/019/11 Vorgänge aus der letzten Legislaturperiode - Diskontinuität

Herr Neubauer bittet darum, die zu in der Mitteilung genannten Drucksache 19/108/10 (Neuwerk) bei den entsprechenden Fachbehörden nachzuhaken.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

7. Verschiedenes

7.1 Vorstellung der Bürgerbefragung Finkenwerder Altstadt / Sondersitzung

Herr Behrens weist auf die in der Oktober-Sitzung stattfindende Präsentation der Ergebnisse der Bürgerbefragung Finkenwerder Altstadt hin.

Frau Vick fragt, ob der Termin am 18. Oktober fix sei.

Frau Dittmer erklärt, dass die GAL-Fraktion mit diesem Termin ein Problem habe und bittet um einen Ausweichtermin.

Anschließend wird kurz über einen anderen möglichen Termin diskutiert. Da keine Einigung zustande kommt, beschließt der Ausschuss mehrheitlich – gegen die Stimmen der GAL-Fraktion - die Sitzung am 18. Oktober um 19:00 Uhr stattfinden zu lassen.

Herr Behrens weist ergänzend darauf hin, dass er die dort vorgesehene Präsentation zur Verfügung stellen könne. Weiterhin erklärt er, dass in dieser Sitzung lediglich eine Diskussion erfolgen werde. Notwendige Beschlüsse würden dort nicht gefasst.

7.2 Integrationsprojekt

Herr Behrens berichtet, dass er von der Leiterin der Bibliothek Finkenwerder auf ein dort stattfindendes Projekt für Kinder mit Migrationshintergrund hingewiesen worden sei. Sollte im Ausschuss Interesse bestehen, könne dieses Projekt hier vorgestellt werden.

7.3 Prunkforte Alter Friedhof

Herr Lloyd bittet um Mitteilung über den Sachstand zur Instandsetzung der Prunkforte am Alten Friedhof.

7.4 Wasserpumpe Spielplatz Butendeichsweg

Frau Fremder-Sauerbeck berichtet, dass die Wasserpumpe am Spielplatz Butendeichsweg abgebaut worden sei und fragt nach der Begründung.

Herr Neubauer antwortet, dass es in diesem Bereich einen Rohrbruch gebe. Dieser sei nicht behebbbar, da der Eigentümer der Fläche sein Einverständnis zum Aufbrechen des Bodens bisher nicht gegeben habe.

Einverstanden:

Manfred Jiritschka
Vorsitzender

Für die Niederschrift:


Gerd Schustermann